

Hollemann scheitert in München

Nach Vorwürfen, er sympathisiere mit Abtreibungsgegnern, zieht Denzlingens Bürgermeister seine Kandidatur als Referent zurück.



Schön wäre es gewesen: So posierte Markus Hollemann vergangenen Montag vor Fotografen in München. Da war er noch der Favorit für den Posten des Umwelt- und Gesundheitsreferenten. Foto: Marcus Schlaf/Münchener Merkur

DENZLINGEN. Nach massivem medialen und politischen Protest zog Denzlingens Bürgermeister Markus Hollemann seine Kandidatur als Referent für Gesundheit und Umwelt in München zurück. Grund ist seine Mitgliedschaft beim Verein "Aktion Lebensrecht für Alle", der sich gegen Abtreibungen starkmacht. Da Hollemann auch für eine Schwangerenberatungsstelle zuständig gewesen wäre, lief die Opposition Sturm – und hatte damit Erfolg.

Politische Beobachter hielten die Abstimmung für reine Formsache. Die CSU hatte das Vorschlagsrecht für den Posten und die Fraktion einigte sich auf Hollemann. Doch am Mittwoch kam alles anders. Zuerst vertagte SPD-Oberbürgermeister Dieter Reiter die Wahl auf den 5. März mit der Begründung: "Es gibt offene Fragen bezüglich der Person Hollemanns." Es folgte ein Vier-Augen-Gespräch mit dem CSU-Bürgermeister Josef Schmid, von dem Hollemann mit versteinertem Miene zurückkehrte und vor der Presse seine Kandidatur zurückzog. "In München wurde gegen mich, durch diverse politische Kräfte, eine Schmutzkampagne geführt", sagt er später gegenüber der BZ.

Am Abend zuvor war bekannt geworden, dass er Mitglied im Verein "Aktion Lebensrecht für Alle" ist. Münchner Oppositionspolitiker wie die Grünen-Stadträtin

Lydia Dietrich sahen dies äußerst kritisch: "Ich hielt es für untragbar, dass Hollemann Referent für Gesundheit und Umwelt wird", sagte Dietrich. Vor einer Praxis in München würde dieser Verein Frauen, die Schwangerschaftsabbrüche vornehmen wollen, heftig bedrängen. Wenn man Mitglied in so einem Verein sei, müsse man auch wissen, was dieser Verein mache. "Hollemann war am Zug und hätte sich dazu klar positionieren müssen. Er hat gegenüber der Presse aber gesagt, die Mitgliedschaft sei seine Privatsache. Das geht gar nicht; er hat da offenbar kein Problembewusstsein", sagt Dietrich, die für ihre Fraktion den Bewerbungsprozess begleitet hat. Bisher leitet das Referat ein Grüner.

ÖDP-Politiker Hollemann bestätigt, dass seine Frau vor einigen Jahren eine Familienmitgliedschaft abgeschlossen hat und er passives Mitglied bei der "Aktion Lebensrecht" ist. Aufgrund des medialen Drucks habe er sich mit dem Verein beschäftigt – offenbar hatte er sich zuvor nur unzureichend mit der Programmatik auseinandergesetzt. "Mit vielem, was ich da gelesen habe, kann ich mich nicht eindeutig identifizieren." Er will jetzt die Mitgliedschaft bei dem Verein kündigen und nicht mehr öffentlich für sie werben.

Hollemann tritt aus kritisiertem Verein aus

"Ich habe keine Sympathie für radikale Abtreibungsgegner. Ich bin aber auch kein dogmatischer Abtreibungsbefürworter", sagte Hollemann. Er verurteile jede Art von gewalttätiger Demonstration – vor Abtreibungspraxen und auch an allen anderen Orten. Eine Schwangerschaftsberatung müsse ergebnisoffen sein und das Selbstbestimmungsrecht der Frau gewährleisten.

Hollemann wehrte sich auch gegen Vorwürfe, er sei islamfeindlich, weil er die Christian Solidarity International (CSI) unterstütze, eine christliche Menschenrechtsorganisation. "Gerade als Christ lehne ich rechtes Gedankengut ohne Wenn und Aber ab. Mir geht es um freie Religionsausübung – egal, um welche Religion es sich handelt."

"Markus Hollemanns Mitgliedschaft in der 'Aktion Lebensrecht für Alle' war ein Fehler. Er hat diesen Fehler eingeräumt und sich in einer persönlichen Erklärung eindeutig von radikalen Abtreibungsgegnern und undemokratischem Gedankengut jeglicher Art distanziert", sagte CSU-Bürgermeister Schmid, der Hollemann vorgeschlagen hatte. Eine Aufrechterhaltung der Kandidatur hätte aus seiner Sicht aber die Stadtgesellschaft gespalten. "Das ist das Letzte, was ich will", so Schmid. Beim Koalitionspartner äußerten sich Politiker über Hollemanns Rückzug erleichtert: "Das Gedankengut, das ihm zugeschrieben wird, ist in unserer Stadt definitiv nicht mehrheitsfähig", sagte SPD-Fraktionschef Alexander Reissl.

"Lebensrecht für Alle"

Auf seiner Homepage unterstützt Denzlingens Bürgermeister Markus Hollemann mehrere Vereine. Einer davon heißt "Aktion Lebensrecht für Alle". Der Verein positioniert sich deutlich gegen Abtreibung. Auf der Homepage heißt es dazu: "Die ALfA tritt dafür ein, dass Abtreibung nicht weiter verharmlost wird. Abtreibung ist ein Unrecht. Es zu tolerieren, schwächt das Bewusstsein, dass jeder Mensch ein Recht hat zu leben. Wer bei der Abtreibung wegschaut, begünstigt vielfältige

andere Bedrohungen des Lebens: verbrauchende Embryonenforschung, Forschung an nichteinwilligungsfähigen Patienten, Klonen und Euthanasie."

Der Verein vertritt außerdem die Ansicht, dass Schwangerschaftsabbruch zum sogenannten Post-Abortion-Syndrom führe. Millionen von Frauen sollen angeblich traumatisiert sein. Mediziner erkennen dieses Syndrom allerdings nicht an.